

federführendes Amt:	Büro Kreistag
Antragssteller:	Fraktion AfD Oder-Spree
Datum:	05.08.2019

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung	15.08.2019	
Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt	21.08.2019	
Kreisausschuss	28.08.2019	
Kreistag	18.09.2019	

Betreff:

Beratung und Beschlussfassung über den MLUL-Erlass, in dem die staatliche Betreuung von Wald ab einer Fläche von 10 ha pro Privateigentümer ab 2020 verboten ist.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, sich der vom 19. März 2019 öffentlichen Kritik des Bundes Deutscher Forstbesitzer (BdF Landesverband Brandenburg Berlin) am sog. 10 ha-Erlass vom 09.01.2019 des MLUL anzuschließen und beauftragt Herrn Landrat Lindemann sich für ein Moratorium des Erlasses gegenüber des Ministers Herrn Vogelsänger einzusetzen.

Begründung:

Dieser MLUL-Erlass des Ministers Vogelsänger trägt der Regelung des § 28 LWaldG nicht mehr ausreichend Rechnung. Zudem bedeutet dieser Erlass eine Verschlechterung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten für Privatwaldbesitzer. Die bisherige Praxis der staatlichen Waldbetreuung sollte ausgebaut und nicht beschnitten werden. Jede Oberförsterei sollte selbst entscheiden, ob sie Dienstleistungen anbietet oder nicht.

Die öffentliche Kritik (Presseerklärung) vom BdF ist Bestandteil des Beschlussantrages. Siehe Anlage: Pressemitteilung vom BdF

gez.

.....
Axel Fachtan

Vorsitzender Fraktion AfD Oder-Spree

Gesetz, den Gegenstand betreffend:

§ 28 LWaldG

Anlagen:

Antrag

Pressemitteilung vom BdF